

Protokoll über die Sitzung

des Gremiums: Beirat Blumenthal

am: 14.10.2013

**Ort: Großer Saal des Stiftungsdorfes Rönnebeck der Bremer Heimstiftung,
Dillener Str. 69-71, 28777 Bremen**

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Sitzungsteilnehmer:

Beiratsmitglieder:

**Heiner Böcker
Dennis Klingenberg
Grete Klinkmüller
Gabriele Kröger-Schurr
Anke Krohne
Karen Nieschlag
Andreas Pfaff
Alex Schupp
Eike Schurr
Ralf Schwarz
Helma Stitz
Hans-Gerd Thormeier
Gisela Zimmermann**

Es fehlten:

**Nils Christahl
Peter Geis
Sascha Humpe**

Gäste

**Reinhard Behr, Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, Referat Grünordnung
Insa Peters-Rehwinkel, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft (SPD)
Carola Schulz, Quartiersmanagerin Blumenthal**

**Ortsamtsleiter (OAL) Peter Nowack
Verwaltungsbeamtin (Protokoll) Heike Rohde
Verwaltungsbeamter Malte Wolpmann**

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung; Genehmigung der Tagesordnung
2. (19:05 Uhr) Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 09.09.2013
3. (19:10 Uhr) Mitteilungen
 - a. aus dem Ortsamt
 - b. des Beiratssprechers

4. (19:20 Uhr) Vorstellung der neuen Quartiersmanagerin für das Zentrum Blumenthal
5. (19:35 Uhr) Wünsche und Anregungen aus dem Beirat
6. (19:45 Uhr) Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung
 - a. "Unterliegt das Tanklager Farge der "Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)"?
 - b. "Besteht durch das Entlüften der Tanks des Tanklagers Farge ein gesundheitliches Risiko für die Schüler und das Schulpersonal der Oberschule "In den Sandwehen"?"
7. (19:55 Uhr) Grünpflege
dazu: Reinhard Behr (Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)
8. (20:30 Uhr) Hundenauslaufflächen – Bürgerschaftsbeschluss und Konsequenzen für die Beiräte
dazu: Insa Peters-Rehwinkel (MdBB), tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion
9. (20:55 Uhr) Anfragen und Anträge der Parteien
 - a. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Bürgerinitiative: Antrag Stilllegung Tanklager
 - b. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zur Verkleinerung des Wasserschutzgebietes
 - c. Bündnis 90/Die Grünen: Antrag zu Industrieansiedlungen auf dem BWK-Gelände
 - d. Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"
 - e. Die Linke – Dringlichkeitsantrag zu Begegnungsstätten
10. (21:15 Uhr) Verschiedenes

TOP 1

Begrüßung und Eröffnung, Genehmigung der Tagesordnung

OAL Nowack eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt Herrn Wolpmann als Vertretung für Frau Britt vor.

Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

TOP 2: Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung vom 09.09.2013

Ohne Aussprache wird das Protokoll mit 10 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen genehmigt.

TOP 3: Mitteilungen

a. aus dem Ortsamt

b. des Beiratssprechers

a. Herr Nowack teilt folgendes mit:

- Weihnachten im Schuhkarton – Geschenkaktion für Kinder in Not
Noch bis zum 15. November 2013 läuft die Aktion "Weihnachten im Schuhkarton". Nähere Informationen gibt es unter www.geschenke-der-hoffnung.org oder im Ortsamt.
Geschenkkartons kann man bei Katja Ukena, bei Coiffeur Grande in der Weserstrandstraße beim Büro Elch oder im Ortsamt abgeben.
Wer nicht packen möchte, kann auch gern spenden.
- Am 17. September 2013 fand an der Lagerstraße ein Vor-Ort-Termin mit Immobilien Bremen und der Hanseatischen Naturentwicklungsgesellschaft statt.
Ebenfalls zugegen war Herr Hentschel vom Umweltsenator.

Es ging um die erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung einer angemessenen Wegeverbindung zwischen der Baracke Wilhelmine und dem Bunker Valentin. Mit der Fertigstellung des Denkmals Bunker soll auch der Geschichtslehrpfad eingebunden werden und die Verbindung soll über eine Allee erfolgen, die den Weg der Zwangsarbeiter zeigt und für die Landwirte und für Besucher benutzbar sein soll.

- Am 19. September 2013 fand im Hause des Umweltsenators ein Gespräch wegen der Verlagerung des Recyclinghofes statt.
Es ging darum, den Vorschlag des Beirats zu prüfen, ob man nicht über den Ringtausch von Gelände und Geld den Tennisclub retten und den Recyclinghof dahin verlagern kann, wo er am wenigsten Belastung für alle Anwohner bringt.
- In den letzten Sitzungen hat sich Frau Krohne mehrfach nach dem Stand der „Verkehrsbefragung“ erkundigt.
Am 20. September führte Herr Nowack ein ausführliches Gespräch mit Herrn Gotzen vom SUBV, dabei wurde folgender Sachstand erörtert:
Der Prozess hat sich wegen der akuten Personalnot in der Abteilung verzögert
Jetzt ist das Personal mit einer Teilzeitkraft aufgestockt und der Zuschlag aus der Ausschreibung erfolgt in zwei Wochen.
Der Beirat wird sofort informiert, wer den Zuschlag erhält und auch in den Prozess eingebunden.

Frau Krohne merkt an, das damit ihr Antrag von später ja ziemlich überflüssig sei. Da der Antrag zum Verkehrsgutachten zudem nun schon zwei Jahre alt sei und sich die Zielsetzungen inzwischen eventuell geändert haben könnten fragt sie, ob es noch sinnvoll sei, die Befragung durchzuführen.

Herr Schwarz meint dazu, das Gutachten solle man trotzdem abrufen, da es vor zwei Jahren explizit gefordert wurde. Zudem seien die dafür genehmigten 25.000 Euro geblockt. Er hofft zudem, dass das Ergebnis mehr als eine Stellungnahme sei und Vorschläge enthalten wären.

- Die Wegeverbindung zwischen Fresenberg- und Richard-Jung-Straße wurde neu asphaltiert.
- Die Skulptur „Die Lebensalter“ am Blumenthaler Marktplatz ist mittlerweile gereinigt worden.
Eine Reinigung durch die Beiratsmitglieder war nicht erforderlich. Es gibt dafür Profis, die im Auftrag des Senators für Kultur tätig werden.
Da die Skulptur nicht mehr standfest ist, muss das Fundament erneuert werden. Die Anregung von Frau Krohne, sie aus der „Schmuddelecke“ am Blumenthaler Marktplatz an einen schöneren Ort zu versetzen, wurde aufgenommen.
Dazu findet am 15. Oktober 2013 eine Ortsbegehung statt.
- Das Festival "Rock die Burg" war ein Riesenerfolg.
Herr Nowack begrüßt die Herren Jörn Beckmann (Präsident der Old Tablers 292 Bremen-Lesmona = Veranstalter von "Rock die Burg"), Ralf Bünning (Schatzmeister der Old Tablers) und Thomas Michaelis.
Herr Beckmann dankt den Blumenthalern und "Buten-Blumenthalern", die mit ihrem Besuch das Festival unterstützt haben und überreicht Herr Nowack in dessen Funktion als 1. Vorsitzender des Bürgerstiftung Blumenthal e. V. als Spende einen Scheck über 3.000 Euro.

b.
Keine

TOP 4: Vorstellung der neuen Quartiersmanagerin für das Zentrum Blumenthal

Herr Nowack begrüßt Frau Carola Schulz als neue Quartiersmanagerin für Blumenthal und geht kurz auf die langwierige Entwicklung von der Idee der Notwendigkeit über den Beschluss der Bürgerschaft im Dezember 2012 bis zur Ausschreibung der Stelle ein. Offiziell ist Frau Schulz seit dem 1. Oktober 2013 im Amt.

Frau Schulz stellt sich vor und berichtet, sie sei momentan dabei, den Stadtteil und dessen Bewohner kennen zu lernen, um deren Konflikte und Meinungen zu erfahren.

Auf Nachfrage von Herrn Wischhusen erklärt Frau Schulz, dass sie 37 Jahre alt sei und seit 18 Jahren in Bremen wohne. Sie habe bisher freiberuflich im Kunst- und Kulturbereich als Bühnenbildnerin gearbeitet und danach im Lidice-Haus. Dort habe sie viel mit Jugendlichen gearbeitet, vorrangig waren dabei die Themen des sozialen Miteinanders.

Nach ihrem Studium an der Hochschule (Studiengang Soziale Arbeit) war Frau Schulz in Tenover tätig, von daher sind ihr die Beteiligungsstrukturen bekannt.

Bürger A fragt, inwieweit sich das Tätigkeitsfeld von Frau Schulz gegenüber dem von Frau Binne abgrenze.

Frau Schulz antwortet, dass Frau Binne in einem anderen Ortsteil, nämlich Lüssum-Bockhorn aktiv sei. Sie hingegen sei tätig im Bereich Fresenbergstraße / Mühlenstraße / Landrat-Christians-Straße. Lüssum sei zudem ein vollständiges WiN-Gebiet (WiN = Wohnen in Nachbarschaften), im Gegensatz zu dem ihr anvertrauten Gebiet, das als "flankierendes WiN-Gebiet" fungiere. Hierfür gebe es, da anders angelegt, weniger Geld, die Finanzierung erfolge durch das Sozialressort.

Bürger B fragt, ob Frau Schulz als Angestellte Bremens oder freiberuflich tätig sei. Weiter möchte er wissen, ob das Projekt zeitlich begrenzt sei und ob sie ein konkretes Ziel habe.

Frau Schulz antwortet, sie sei beim Amt für soziale Dienste angestellt und damit Teil des öffentlichen Dienstes, quasi eine "Außenstelle".

Das Projekt sei für zwei Jahre angelegt, meistens werde dann am Ende geschaut, ob eine Verlängerung möglich sei.

Zurzeit sei sie dabei, Leute kennenzulernen, um dann Ziele formulieren zu können.

Allerdings gebe es auch einen Auftrag "von oben" der laute, dass ein Quartiers-Treffpunkt eingerichtet werden soll. Dort werde sich dann zeigen, wo Prioritäten gesetzt würden.

Sie unterliege auch bestimmten Kriterien, nach denen Projekte ausgerichtet sein müssen.

Frau Schulz erklärt, dass sie in den Räumen des DOKU erreichbar sei, Sprechzeiten habe sie momentan dienstags von 14 bis 16 Uhr und mittwochs von 10 bis 12 Uhr.

Herr Schwarz freut sich über die Besetzung der Stelle und würde Frau Schulz gern in einer der nächsten Ausschusssitzungen begrüßen. Er meint, ein enger Kontakt sei sehr erwünscht.

TOP 5: Wünsche und Anregungen aus dem Beirat

Auf Nachfrage von Frau Krohne erklärt Herr Nowack, dass heute eine Antwort des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr auf die Anträge zur Trinkwassergewinnung und zur Grundwasserentnahme eingegangen seien.

Frau Krohne bittet darum, ihre Fragen zu Untersuchungen nach Additiven im Trinkwasser in den Fragenkatalog für Herrn Lohse aufzunehmen.

TOP 6: Bürger/Innen-Anträge; Fragen, Wünsche und Anregungen in Stadtteilangelegenheiten aus der Bevölkerung

- a. **"Unterliegt das Tanklager Farge der "Zwölften Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung – 12. BImSchV)"?**
- b. **"Besteht durch das Entlüften der Tanks des Tanklagers Farge ein gesundheitliches Risiko für die Schüler und das Schulpersonal der Oberschule "In den Sandwehen"?"**

a und b)

Herr Nowack erklärt, dass ihm zu Beginn der Sitzung mitgeteilt wurde, dass beide Bürgeranträge vorerst zurückgezogen werden.

Bürgerin C fragt, ob sich zu ihrem einst gestellten Antrag mit dem Thema "Essbare Stadt" bereits etwas getan habe. Sie bittet darum, den Antrag ernst zu nehmen, das das Projekt zur Verschönerung Blumenthals und zur Schaffung von Arbeitsplätzen dienen könne.

Frau Stütz schlägt vor, das Thema als Tagesordnungspunkt in die nächste Beiratssitzung aufzunehmen.

Herr Schwarz verweist auf den Tagesordnungspunkt 7 (Grünpflege) und das sich in der folgenden Diskussion möglicherweise klärt, ob Geld übrig wäre um das Projekt umzusetzen. Auch er würde das Thema gerne in der nächsten Beiratssitzung behandeln.

Bürgerin C, die die 3.000 Euro Spende an den Bürgerstiftung Blumenthal e. V. als tolle Überraschung empfindet, bringt die Idee ein, in Sachen Kultur die Menschen einander näher zu bringen. Sie schlägt vor, die Musiker der Django Reinhardt Band zu einem Konzert einzuladen. Ein solches Konzert wäre für die ansässigen Sinti und Roma eine Möglichkeit, Klänge aus ihrer Heimat zu hören.

Herr Nowack meint, die Entscheidung müsse der Verein Bürgerstiftung Blumenthal treffen und bittet um entsprechende Anfrage per Mail.

Bürger D spricht seinen Dank aus an diejenigen, die die Bürgerinitiative Tanklager Farge ins Leben gerufen haben, explizit nennt er Frau Pörtner, Frau Kohl und posthum Herrn Schulken.

Ohne diese Initiatoren wäre nichts passiert. Es lohne sich, darüber nachzudenken, wie viel Arbeit in die Initiative gesteckt wurde und noch wird. Jeder Tag sei ein wichtiger Tag, mit der Problematik an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Sicherheit, dass die Sache bekämpft werde, sei wichtig für die Bürger. Er hofft, dass sich alle Blumenthaler hinter die Bürgerinitiative stellen.

TOP 7: Grünpflege

dazu: Reinhard Behr (Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr)

Die Einteilung der Grünflächen sowie die Definition der Pflegestufen sind der Anlage zu entnehmen.

Vorab erläutert Herr Nowack, dass der Beirat eine Entscheidung über die Annahme der vorgelegten Planungen treffen müsse, da gemäß Beirätegesetz eine einvernehmliche Entscheidung gefordert werde.

Einleitend nennt Herr Behr die Beträge in Zahlen, die für die Grünpflege zur Verfügung stehen.

Insgesamt stehen 7,1 Millionen Euro zur Verfügung, davon gehen 1,1 Millionen Euro an Bremen-Nord an andere Grünflächen wie Spielplätze, Schulhöfe etc. Weitere 500.000 Euro sind verplant für Wald- und Biotopflächen, Badeseen und Außenanlagen an öffentlichen Gebäuden, so dass 5,5 Millionen Euro für die gesamtstädtischen Grünflächen ausgegeben werden können. Dies entspricht einem Betrag von ca. 69 Cent pro Quadratmeter.

Der Hauptanteil, etwa 82 % der Kosten wird verwendet für Arbeiten in Sachen Verkehrssicherheit. Etwa 10 % gehen in die Rasenpflege, diese variiert von 1mal wöchentlichem bis zu 2 mal jährlichem Mähen, je nach Wertigkeit der Anlage. Der Rest des Geldes wird u. a. für den Beschnitt von Sträuchern verwendet. Herr Behr führt aus, dass 600.000 Euro nur für Reinigungsarbeiten benötigt werden. 1 Million Euro gibt es dafür zusätzlich vom Projekt „Saubere Stadt“.

Herr Schwarz ist hauptsächlich irritiert über die Zuständigkeitsbereiche. Mal sei der Umweltbetrieb Bremen (UBB), mal das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) zuständig. Dem Bürger erschließe sich nicht, wer nun für was zuständig sei; wer reinige z. B. die Dorfplätze? Warum gebe es nicht einen Ansprechpartner für die Finanzverwaltung im Bereich Grünpflege? Als Beirat habe man keine großen Mittel zur Verfügung, über die selbst bestimmt werden könne. Wunsch des Beirats sei es jedoch, einen gewissen Spielraum zu haben, um beispielsweise die Pflanzung von Obstbäumen veranlassen zu können. Deshalb beantragt Herr Schwarz, alle Punkte der Vorlage um je 10 % zu kürzen und diese Gelder dann dem Beirat zur eigenen Verwendung zur Verfügung zu stellen.

Herr Schupp fragt, warum die städtischen Friedhöfe nicht aufgeführt seien und möchte wissen, wer für deren Pflege aufkomme. Er sehe immer nur Fremdfirmen. Weiter fragt er, warum der Wanderweg an der Blumenthaler Aue teils als Bohlenweg angelegt wurde und dort jetzt ein Hinweisschild "Betreten auf eigene Gefahr" aufgestellt wurde. Dies sei keine gute Lösung, besser wäre es gewesen, den Weg als Kiesweg weiterzuführen.

Herr Behr antwortet, dass die Stadtplätze von UBB unterhalten werden, es aber unterschiedliche Geldgeber gebe. Das ASV sei zuständig für "alles, was unten ist", also für das Straßenbegleitgrün und habe in dem Bereich auch die Entscheidungshoheit. UBB sei zuständig für Bäume.

Für die Pflege der Friedhöfe gebe es einen anderen Haushalt und damit eine andere Finanzierung.

Der Wanderweg an der Blumenthaler Aue wurde nach Vorgaben des Naturschutzes, den Weg nicht in die Erde zu legen, gebaut und deswegen mit einem Bohlenweg überbrückt.

Herr Thormeier fragt, ob die oft in Nebenstraßen zu findenden "grünen Inseln" als Straßenbegleitgrün gelten würden.

Dies bestätigt Herr Behr.

Daraufhin möchte Herr Thormeier wissen, ob es dafür andere als politische Gründe gebe und ob nicht eine Vereinfachung sinnvoller wäre.

Herr Behr meint, Bäume würden mehr Arbeit als Rasenflächen machen, letztlich wäre es eine politische Entscheidung.

Herr Schwarz erkundigt sich, was passieren würde, sollte der Beirat den o. a. Antrag beschließen. Er fragt, ob schon Verträge vergeben wurden und ob es evtl. Schwierigkeiten geben könnte.

Herr Behr erläutert, Partner sei der UBB, dort würden auch die Personalkosten bezahlt. Es gebe einen Jahresvertrag, auch wenn Geld entzogen werde.

Ideen des Beirats, wie die der Obstgehölzpflanzungen, würden als Investitionen gelten und hätten nichts mit der Unterhaltspflege zu tun. Derartige Anregungen könnten gerne eingereicht werden, die Pflanzungen wären innerhalb einer Grünanlage und es sei möglich, eine solche mit den Mitteln für Parkanlagen zu unterhalten.

Herr Schwarz resümiert, dass also, wenn der Beirat etwas beantragen würde, Mittel zur Verfügung gestellt werden würden. Die Erfahrung zeige jedoch, dass, wenn bisher etwas beantragt wurde, die Bepflanzung immer mehr eingestellt wurde (Beispiel: Blumenbeete und deren Bepflanzung). Wenn man also die genannten 10 % aus dem Budget wegnehmen würde, könnte das Geld anschließend für besondere Wünsche gespendet werden?

Herr Behr meint, damit würde man das Geld erst wegnehmen und dann wieder zurückgeben.

Herr Nowack berichtet, im Ortsamt würden oft Beschwerden über mangelhafte Grünpflege eingehen. Er fragt, ob es möglich wäre eine Aufwandsentschädigung zu zahlen, wenn sich Bürger eigenverantwortlich um öffentliches Grün kümmern würden. Er verspreche sich davon eine vernünftige Grünpflege. Es werde zwar propagiert, dass es im öffentlichen Raum mehr Grün geben solle, das Geld zur Pflege fehle aber.

Herr Behr führt an, dass es im Straßenbegleitgrün oft Anfragen von Bürgern gebe, ob seitens der Bürger gepflegt werden dürfe. Er meint, dazu werde niemand "nein" sagen, bittet aber darum, dass die Pflege so geschehe, dass sie auch von UBB bzw. ASV gesehen und wahrgenommen werde.

Es werden jedoch keine Verträge geschlossen, damit habe man schlechte Erfahrungen gemacht.

Herr Schwarz kommt nochmal auf seinen Antrag zurück. Er möchte diesen aufrechterhalten, damit dem Beirat eine Summe X zur Verfügung stehen könne. Er fragt, welche Positionen auf der vorgelegten Liste problemlos bzw. unbedenklich zu kürzen sind und bittet Herrn Behr um Vorschläge.

Herr Behr erklärt, hinter den einzelnen Positionen würden sich Personalkosten verstecken. Bei Kürzungen würden Leute arbeitslos werden, die trotzdem, dann damit zusätzlich bezahlt werden müssten. Einzelne Sachen zu kürzen, wäre schwierig, da die Verkehrssicherheit 82 % und die Rasenpflege schon 10 % der Kosten verursachen würden. Die restlichen 8 % könnte man in Staudenbeete verlegen, dafür hätte er aber gerne Vorschläge.

Herr Nowack schlägt vor, dass, wenn es einen Beschluss wie beantragt gebe, jemand mit UBB verhandeln solle. Im Zweifel müsse man sich so organisieren, dass das Personal effizienter eingesetzt werden könne.

Herr Schurr widerspricht formell dem Antrag. Er erkennt darin eine eigenartige Arbeitsmarktpolitik. Das Thema solle grundsätzlich und konstruktiv im Bauausschuss diskutiert werden.

Herr Thormeier macht deutlich, dass man den UBB nicht grundsätzlich 10 % wegnehmen wolle, diese nur gern zur freien Verfügung haben möchte, um beispielsweise auch Personal gezielter einzusetzen. Dies bedeute eine Verschiebung von Leistungen, nicht die Wegnahme von Arbeit.

Frau Stitz erklärt, die SPD-Fraktion werde den Antrag unterstützen und bittet, die Details zu prüfen.

Herr Schurr erkennt darin Sondierungsgespräche einer großen Koalition und hält es für bedenklich, damit den UBB die Fachkompetenz zu entziehen.

Herr Schupp meint, es gehe auch um grundsätzliche Fragen. So würden in der Schwaneweder Straße zum Beispiel die Bäume immer größer, schöner und dicker, und damit immer problematischer für die Anwohner. Es gebe einen Vorschlag, alle 5 Jahre jeden zweiten Baum zu fällen zu kleinere neu zu pflanzen. Auch diese Gedanken müsse man sich durch den Kopf gehen lassen.

Im letzten Jahr habe es eine Steigerung der Gelder für Grünpflege um 5 % gegeben, die Lohnsteigerungen seien aber geringer gewesen. Gemäß Beirätegesetz müsse das Einvernehmen hergestellt werden, dazu bittet er um die im Antrag gestellten 10 % zum Selbstbestimmen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten die Zuständigkeiten für die Bürger besser erkennbar seien.

Frau Krohne findet die Diskussion bizarr. Die andere Regelung sei okay, aber das Abstimmungsergebnis über den Antrag ja sowieso klar, deshalb würde sie "Ende der Debatte" sagen.

Frau Kröger-Schurr unterstützt Frau Krohnes Meinung. An Herr Schupp gewandt meint sie, das Budget habe sich von 2012 zu 2013 um 20.300 Euro erhöht.

Herr Schupp erklärt, das entspräche doch genau den 5 %.

Herr Behr erklärt, mit Ausnahme von Fußwegen werde von UBB alles unterhalten, nur die Budgets kämen von unterschiedlichen Stellen.
In einzelnen Grünanlagen anders zu mähen sei schwierig, da sich jedes Jahr aufgrund von Wetter- und Wachstumslagen andere Situationen ergäben.
Wie eine Kürzung von 10 % laufen solle, könne er nicht beantworten, das müssten andere errechnen. Eventuell könne man je die Pflegestufen ändern, das sei jederzeit Recht des Beirats. Hauptsache sei, am Ende käme die gleiche Summe heraus.

Herr Nowack plädiert dafür, eine flexible Lösung zu schaffen.

Herr Schurr spricht zur Geschäftsordnung, Frau Krohne habe einen Antrag auf Ende der Debatte gefordert, deshalb hätten weder Herr Behr noch Herr Nowack weiteres Rederecht gehabt.

Herr Nowack erklärt, Frau Krohne habe keinen entsprechenden Antrag gestellt. Herr Schurr jedoch habe sich bereits zur Sache geäußert und könne deshalb keinen Antrag zur Geschäftsordnung mehr stellen.

Dann fasst er die Debatte zusammen und lässt über den Antrag der CDU-Fraktion, jeweils 10 % der in der Vorlage genannten Positionen pauschal zu kürzen, abstimmen.
Ergebnis: 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung.

TOP 8: Hundenauslaufflächen – Bürgerschaftsbeschluss und Konsequenzen für die Beiräte

dazu: Insa Peters-Rehwinkel (MdB), tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Vorab wüsste Herr Schurr gerne von Herr Nowack, warum Frau Peters-Rehwinkel eingeladen wurde und nicht jemand einer anderen Fraktion.
Herr Nowack antwortet, die rot-grüne Koalition habe vor einigen Wochen einen wegweisenden Beschluss gefasst. Es gebe zwar noch kein Regierungshandeln, aber eine politische Willensbekundung. Da dem Beirat ein Bürgerantrag zum Thema vorliege wurde beschlossen, vorab Informationen einzuholen. Die Einladung von Frau Peters-Rehwinkel sei nicht parteipolitisch zu betrachten, sondern dahingehend, dass ein Mitglied der Bremischen Bürgerschaft dem Beirat erkläre, was auf ihn zukommen werde. Frau Peters-Rehwinkel sei zudem maßgeblich an dem Beschluss der Bürgerschaft beteiligt gewesen.

Frau Peters-Rehwinkel macht deutlich, dass sie mit ihrem Pendant bei der Fraktion der Grünen, Frau Linda Neddermann, bei dem Thema meistens einer Meinung sei. Sowieso gebe es beim Thema Tierschutz parteiübergreifend in den Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft meistens eine einheitliche Meinung.

Der Beschluss der Bürgerschaft sei der zweite Anlauf zu dem Thema, welches von den Grünen vorangetrieben wurde, bisher aber hängengeblieben sei.

Nunmehr gehe es um klare Regelungen zum Thema. So gebe es zwar viele Nutzergruppen, im Stadtstaat Bremen aber wenige freie Flächen.

Wenn Hundenauslaufflächen eingerichtet werden sollten, müssten diese auch öffentlich bekannt gemacht werden. Dies erfordere eine enge Verzahnung mit den Beiräten, von daher sei es ein guter Weg, bereits Vorschläge angemeldet zu haben.

Wichtiges Thema sei der Kostenfaktor, da das Budget eng oder nicht vorhanden sei.

Zu eingezäunten Flächen gebe es unterschiedliche Haltungen, der Tierschutzverein sehe diese nicht nur positiv. Andererseits seien Abgrenzungen nötig.

Es gebe Aufträge an den Senat, Ansprechpartner zu benennen, welche Flächen ausgewählt werden können. Es könne sich um öffentliche oder private Flächen handeln.

Zur Umsetzung gebe es verschiedene Wege, verschiedene Möglichkeiten sollten bedacht werden. Ebenso sei der Kostenfaktor zu bedenken. Eine wichtige Selbstverständlichkeit sei es deshalb, dass die Hundehalter einen Platz auch sauber halten.

Herr Schwarz hält es für wichtig, dass Hunde Auslauf haben. In Blumenthal sei es schwierig, eine passende Fläche zu finden, in Naturschutzgebieten sei eine Hundeauslaufläche schon mal nicht möglich, die Bahrspalte sei nicht groß genug. Zu bedenken sei auch der Kostenfaktor. Er fragt, wie es rechtlich dahingehend aussehe, dass jeder erkennbar sehen müsse, dass eine Hundefreilauffläche da ist, um diese gegebenenfalls umgehen zu können. Zäune wären sehr teuer. Für die Innenstadt hält er Hundefreilaufflächen für sehr sinnvoll, da dort die Auslaufmöglichkeiten begrenzt seien. In Bremen-Nord sei man in der glücklichen Lage, dass sehr viel Grün um die Stadtteile herum sei, welches die Hundehalter gut nutzen könnten.

Frau Krohne begrüßt natürlich ausdrücklich, dass Hundefreilaufflächen geschaffen werden sollen. Sie bekomme einen "Hals", wenn sie an die Höhe der Hundesteuer in Bremen im Vergleich zum Umland denke und findet, die Hundesteuer solle entsprechend verwendet werden. Gut sei, wenn ängstliche Menschen erkennen könnten, wo die Hunde laufen. Auch für die Kosten der Entsorgung der Hinterlassenschaften sollte die Hundesteuer verwendet werden.

Frau Kröger-Schurr fragt, ob man vielleicht vereinbaren könne, dass die vielen freien Flächen reihum gewechselt werden können, beispielsweise mit einem mobilen Zaun.

Herr Nowack empfindet die Diskussion um die Hundesteuer und die daraus folgende angebliche Berichtigung, Hundehinterlassenschaften liegen zu lassen, als erbärmlich. Sie entstünde einzig wegen der Unbelehrbaren, die sich nicht kümmern würden.

Frau Peters-Rehwinkel meint, ein Zaun sei nicht von vorrangiger Wichtigkeit, aber natürlich ein Kostenfaktor. Die Flächen müssten keine riesigen Areale sein, deshalb bitte man um Vorschläge der ortskundigen Beiräte. Es müssten klare Regelungen getroffen werden.

Frau Krohne fragt, welches Verhalten in Bezug auf Kampfhunde angedacht sei.

Frau Peters-Rehwinkel erklärt, Listenhunde dürften in Bremen sowieso nicht gehalten werden, von daher stelle sich dieses Problem nicht.

Bürgerin E erläutert ihre Probleme als Hundebesitzerin. Sie werde teilweise angefeindet und sogar mit Stöcken bewaffnet verfolgt. In anderen Ländern seien Hundefreilaufflächen Gang und Gäbe.

Sie habe in ihrem Bürgerantrag vier Flächen vorgeschlagen, wobei sie großen Wert auf eine eingezäunte Fläche lege, auch wegen der Jagdhunde. Es müsse kein fester Zaun sein, teilweise vorhandene Büsche und Sträucher seien ausreichend. Jedoch sei ein Tor nötig, welches sich nur von außen nach innen öffnen ließe.

Artgerechte Hundehaltung und Freilauf seien gesetzlich vorgeschrieben.

Bürgerin E glaubt nicht an so hohe Kosten. Es sei durchaus machbar, je eine Fläche mit und ohne Zaun einzurichten. Der Bremer Tierschutzverein stehe gerne für Beratungen zur Verfügung.

Bürger B meint, diese Diskussion sei typisch für die Hansestadt. Die Hundesteuer betrage das fünf-fache wie in Niedersachsen, dort jedoch habe man schon viele Flächen eingerichtet.

Bürgerin F berichtet, in Modena/Italien habe sie während ihres Urlaubs nicht einen Hundehaufen gesehen, aber es gebe viele Müllbehälter an vielen Laternenpfählen. Auch Tüten könne man ziehen.

Bürger G erklärt, er jogge regelmäßig. Hunde, die Menschen nicht angreifen würden, stellen für ihn kein Problem dar. Für ihn sei es selbstverständlich, dass Hunde frei herumlaufen. Wenn jedoch etwas passiere, gebe es keine Sanktionen. Ebenso sei es selbstverständlich, dass Hinterlassenschaften entsorgt werden müssten.

Frau Peters-Rehwinkel schlägt vor, noch einmal wieder zu kommen, wenn ein Senatsbeschluss vorliegt. Sie findet es sehr gut, dass der Beirat sich des Themas angenommen hat.

Herr Schwarz meint, wenn er richtig verstanden habe, solle eine Rahmenrichtlinie erarbeitet werden, mit der der Beirat eine passende Fläche suchen solle.

Herr Thormeier erklärt, er verstehe, dass alle eine Fläche haben wollen, möchte aber wissen, wer die Kosten für den Unterhalt der Fläche tragen werde.

Frau Peters-Rehwinkel meint, dafür wäre wohl UBB zuständig. Mit diesen Themen müsse sich jedoch der Senat auseinandersetzen.

Herr Schwarz möchte Frau Peters-Rehwinkel dazu mit auf den Weg geben, dass ein neuer Topf aufgemacht werden müsse und nicht ein vorhandener kassiert werde.

Herr Nowack resümiert, dass man noch am Anfang der Diskussion stehe und jetzt weitere Informationen zusammentragen müsse.

TOP 9: Anfragen und Anträge der Parteien

- a. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Bürgerinitiative: Antrag Stilllegung Tanklager**
- b. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zur Verkleinerung des Wasserschutzgebietes**
- c. Bündnis 90/Die Grünen: Antrag zu Industrieansiedlungen auf dem BWK-Gelände**
- d. Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"**
- e. Die Linke – Dringlichkeitsantrag zu Begegnungsstätten**

a. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen und Bürgerinitiative: Antrag Stilllegung Tanklager

Herr Nowack rekapituliert die bisherige Antragslage, deren Ergebnis ein gemeinsamer Antrag aller Fraktionen in Übereinkunft mit der Bürgerinitiative Tanklager Farge, vertreten durch Frau Pörtner, sei. Dieser Antrag sei medial schon intensiv diskutiert worden. Zum letzten Satz des Antrags erklärt er, der bisherige Beschluss zum Weiterbetreiben der Anlage habe solange gegolten, bis es einen Beschluss gebe, was mit dem Tanklager passieren solle bzw. ob es veräußert werden solle.

Mit dem neuen Beschluss erhofft man sich ein vorläufiges Ende der Diskussion darüber, was mit dem Tanklager passieren solle.

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

b. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen zur Verkleinerung des Wasserschutzgebietes

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

c. Bündnis 90/Die Grünen: Antrag zu Industrieansiedlungen auf dem BWK-Gelände

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 4 Ja-Stimmen, 8 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

d. Die Linke – Anfrage zum "verkehrlichen Gutachten"

Frau Krohne zieht den Antrag zurück.

e. Die Linke – Dringlichkeitsantrag zu Begegnungsstätten

Es wird über die Dringlichkeit des Antrags abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Frau Krohne macht deutlich, dass sie sich trotz der Kurzfristigkeit des Antrags freut, dass alle Fraktionen die Dringlichkeit sehen und der Antrag somit schnell behandelt wird.

Ohne weitere Aussprache wird über den Antrag abgestimmt.

Ergebnis: 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

TOP 10. Verschiedenes

Herr Nowack gibt folgende Termine bekannt:

17.10.2013 Schau der Hochwasserschutzanlagen - Anrainer müssen ihre Grundstücke begehbar machen.

18.10. bis
03.11.2013 978. Bremer Freimarkt

28.10.2013
18.30 Uhr: öffentliche Sitzung des Beiratsausschusses für Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Umwelt mit Senator Dr. Joachim Lohse im SZ Eggestedter Straße

11.11.2013
19.00 Uhr öffentliche Beiratssitzung im SZ Eggestedter Str. u.a. mit dem Thema „Essbare Stadt in Blumenthal“

Bürger G verweist auf Samstag, 19.10.2013, 16.00 Uhr. Dann findet eine Stolpersteinbegehung statt, zu der er auf rege Teilnahme hofft. Treffpunkt ist das ehemalige Kaufhaus WEKA, jetzt AOK am Ständer.

Herr Nowack schließt die Sitzung um 21.20 Uhr.

Ortsamtsleiter

Beirat (Herr Schwarz)

Protokoll